

China: Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten

Update

Florian Blumer

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

28. Januar 2009

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Angaben zum Autor:

Florian Blumer befasst sich seit längerer Zeit mit der Region Asien und hat für die SFH bereits den Länderbericht zur VR China/Tibet und Themenpapiere zur Rückkehr von Tibetern nach Indien und Nepal verfasst. Er ist Historiker und freier Journalist.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@osar.ch
Internet: www.osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Florian Blumer


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

CHF 20.– inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2009  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Minderheiten in China	2
3	Tibeter	3
3.1	Die März-Unruhen und die Folgen	4
3.2	Meinungsfreiheit	6
3.3	Religionsfreiheit	7
3.4	Ausübung und Bewahrung der tibetischen Kultur	8
4	Uiguren	10
4.1	Die Anschläge vom August 2008	11
4.2	Meinungsfreiheit	11
4.3	Religionsfreiheit	12
5	Weitere verfolgte Minderheiten	13
5.1	Mongolen	13
5.2	Hui	14
5.3	Christen	14
5.3.1	Protestanten	15
5.3.2	Katholiken	16
5.4	Falun-Gong-Praktizierende	17
5.5	Weitere verfolgte Gruppierungen	18

1 Einleitung

Im Jahr 2008 stand China im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit. Die Olympischen Sommerspiele von Peking waren auch in Hinsicht der Menschenrechtspraxis und der Verfolgungssituation von Minderheiten von grosser Bedeutung. Die chinesische Regierung weckte Hoffnungen, als sie im Rahmen der Vergabe der Spiele versprach, eine unabhängige Berichterstattung aus dem Land zu ermöglichen und die Menschenrechtssituation im Land zu verbessern. Ein knappes halbes Jahr nach Beendigung der Spiele ist die Bilanz ernüchternd, insbesondere bezüglich der Situation der zahl- und bevölkerungsreichen Minderheiten im Land: Ausländische Journalisten dürfen weiterhin nicht ohne Bewilligung und ohne Begleitung aus Tibet, Xinjiang und anderen Krisenregionen berichten. Tibeter, die gegenüber Nicht-Regierungsorganisationen oder der Exil-Regierung über die Situation im Land informierten, wurden dafür zu langjährigen Haftstrafen bis hin zu lebenslänglich verurteilt.

Diese restriktive Politik führte zu einem chronischen Informationsmangel über das Geschehen in den Krisenregionen. Die chinesische Regierung operierte dazu insbesondere bei den Unruhen in Tibet und den Anschlägen in Xinjiang im letzten Jahr mit gezielten Falschinformationen, weshalb über die Hintergründe und das genaue Ausmass der Gewalt bei der Niederschlagung sowie der darauf folgenden Repressionswelle nur spekuliert werden kann. Detailliertere Informationen und Berichte über Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen sind meist nur über Organisationen erhältlich, die sich für die Rechte der jeweiligen Minderheit einsetzen. Verschiedene Organisationen und Medien berichten jedoch übereinstimmend über eine regelrechte Repressionswelle, die die Minderheitengebiete in den Monaten nach den Unruhen vom März und im Zuge des nachlassenden Medieninteresses nach Beendigung der Spiele im August erfasste und bis heute (Januar 2009) anhält.

Neben den Tibetern, deren Situation am besten dokumentiert ist, leiden andere Minderheiten unter vergleichbaren Problemen. Sowohl im buddhistischen Tibet wie im muslimischen Xinjiang wurde die Religionsfreiheit in den letzten Jahren noch stärker eingeschränkt und der Staat erhöhte mit zusätzlichen Regulierungen die Kontrolle über die Religionsausübung. Die Regierung bekämpft jegliche Form von Autorität, die ausserhalb der Kommunistischen Partei steht. Millionen von Menschen werden in China davon abgehalten, ihre Religion frei auszuüben. Tausende befinden sich in Gefängnissen und werden gefoltert – dafür, dass sie ihre Religion abseits der staatlich vorgeschriebenen Art und Weise praktizierten. Unter den am härtesten verfolgten religiösen Gruppen sind Falun-Gong-Praktizierende, uigurische Muslime, tibetische Buddhisten und christliche Untergrund-Gruppierungen.

Auch friedliche Bestrebungen für Unabhängigkeit oder Autonomie von Seiten aller Minderheitenangehörigen werden rigoros bekämpft. Dahingehende Meinungsäusserungen werden mit Haft meist in Verbindung mit Folter bestraft – es werden auch immer wieder Fälle bekannt, in welchen diese tödlich endete.

Dieser Bericht bietet einen Überblick über die aktuelle Situation der Minderheiten in der Volksrepublik China und die Entwicklung der Menschenrechtssituation in den letzten Jahren. Mit dem Ziel einer grösstmöglichen Aktualität wurde dabei der Fokus

auf die Ereignisse des vergangenen Jahres 2008 gelegt. Dieses Update schliesst an den Länderbericht China/Tibet der SFH aus dem Jahre 2003 an, in welchem historische und politische Hintergründe nachzulesen sind, auf die im vorliegenden Bericht aus Platzgründen verzichtet wird.

2 Minderheiten in China

Die Minority Right Group International (MRGI) bezeichnet China als «das letzte grosse multiethnische Reich».¹ Der chinesische Staat anerkennt neben der Bevölkerungsmehrheit der Han-Chinesen (1.1 Milliarden, 91.5 % der Bev.) 55 weitere ethnische Gruppen. Da Selbstdeklaration und Einteilung der Regierung oft nicht übereinstimmen, ist es jedoch schwierig festzustellen, wie viele ethnische Minderheiten es in China tatsächlich gibt.² Die MRGI spricht davon, dass in China wahrscheinlich «weit über 100 Minderheiten» leben.³ Dazu gehören die Uiguren (8.4 Millionen, 0.68 % der Bevölkerung Chinas), die Mongolen (5.8 Millionen, 0.47 %) und die Tibeter (5.4 Millionen, 0.44 %).⁴ Zentrum dieser Minderheiten sind jeweils Gebiete, die von China zu «Autonomen Regionen» erklärt wurden. Diese umfassen jedoch jeweils nicht das ganze traditionelle Siedlungsgebiet der jeweiligen Minderheit. Autonom sind diese Provinzen nur dem Namen nach – in der Realität kontrolliert die Kommunistische Partei Chinas alle wichtigen Bereiche von der Regierung bis zur Religion.⁵ Insgesamt machen die Siedlungsgebiete der Minderheiten rund die Hälfte des chinesischen Staatsgebiets aus.⁶ Die Regionen am westlichen und nördlichen Rand der Volksrepublik gewannen in den letzten Jahren an strategischer Bedeutung, einerseits aufgrund ihrer militärstrategischen Lage, andererseits wegen ihres Reichtums an Rohstoffen.⁷

Im Februar 2007 stellte die Staatskommission für ethnische Angelegenheiten («State Ethnic Affairs Commission» SEAC) den elften Fünfjahresplan (2006–2010) vor, der einen besseren Schutz der kulturellen Identität benachteiligter Minderheiten bringen soll. Weiter sollen Investitionen in die Infrastruktur und in die Verbesserung der Lebensbedingungen für einen positiven Wandel in den Minderheitenprovinzen sorgen. Damit ist allerdings der Einfluss der Staatsmacht in den so genannten «Autonomen Regionen» in den letzten Jahren noch weiter gestiegen und vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren in erster Linie zugewanderte Han-Chinesen. Die staatlich geförderte Zuwanderung bedrängt die Minderheitenkulturen stark und bezüglich Einkommen und Arbeitslosigkeit liegen Minderheitenangehörige nach wie vor hinter den Han-Chinesen zurück.⁸

¹ State of the World's Minorities 2008, Minority Rights Group, Februar 2008, www.minorityrights.org.
² www.ethnologue.com/show_country.asp?name=CN.

³ State of the World's Minorities 2008, Minority Rights Group, Februar 2008, www.minorityrights.org.
Siehe auch UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁴ Zahlen gemäss der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2000. Weitere Minderheiten: Zhuang (16.1 Mio.), Manchu (10.6 Mio.), Hui (9.8 Mio.), Miao (8.9 Mio.), Tujia (8 Mio.), Yi (7.7 Mio.), Bouyei (2.9 Mio.), Dong (2.9 Mio.), Yao (2.6 Mio.), Koreaner (1.9 Mio.), Bai (1.8 Mio.), Hani (1.4 Mio.), Kasachen (1.2 Mio.), Li (1.2 Mio.), und Dai (1.1 Mio.).

⁵ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁶ Ebd.

⁷ Minority Right Group International, State of the World's Minorities 2008.

⁸ Der Dalai Lama benutzte im letzten Jahr ungewohnt scharfe Worte und warf der chinesischen Regierung anlässlich der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste im März vor, einen «kulturellen

3 Tibeter

In ganz China leben heute rund 5.4 Millionen Tibeterinnen und Tibeter, womit sie 0.44 % der Bevölkerung des Landes ausmachen. Knapp die Hälfte von ihnen lebt in der «Autonomen Region Tibet» (TAR). Der Rest des ursprünglichen Tibets wurde auf vier chinesische Provinzen aufgeteilt. Diese traditionell von Tibetern bewohnten Gebiete wurden zu «Autonomen Präfekturen» und «Autonomen Bezirken» erklärt. Offiziell sind damit neben der TAR auch der grösste Teil der Provinz Qinghai und Teile der Provinzen Gansu, Sichuan und Yunnan tibetisch.⁹ In der TAR leben laut den aktuellsten offiziellen Zahlen aus dem Jahr 2000 2.7 Millionen Menschen: Über 90 % davon seien Tibeter, 6 % Han-Chinesen, der Rest Angehörige der Hui, Moinba, Lhoba, Naxi, Nu und Drung.¹⁰ Es ist aufgrund der staatlich unterstützten, massiven Einwanderung von Han-Chinesen in den letzten Jahren jedoch davon auszugehen, dass sich das Verhältnis bis heute zu Ungunsten der Tibeter verändert hat.

Unter dem Eindruck der März-Unruhen hat China die Kontrolle über Tibet verschärft. Die Region wurde nach Ausbruch der Unruhen weitgehend abgeriegelt. Tibeter können das Land kaum noch verlassen und auch ihre Bewegungsfreiheit innerhalb Tibets wurde eingeschränkt. Beobachter sprechen von einer deutlichen Politik-Änderung der chinesischen Regierung gegenüber Tibet. Berichte und Gerüchte über rechtlich fragwürdige Festnahmen, harte Verurteilungen und eine systematische Behinderung des Informationsflusses aus den tibetischen Gebieten sind heute alltäglich.¹¹ Mit harter Hand und einer starken Präsenz von Volksbefreiungsarmee, bewaffneter Volkspolizei und Angehörigen des Büros für öffentliche Sicherheit versucht die Regierung in Peking, ein Wiederaufflackern der Unruhen vom März schon im Keim zu ersticken.¹² Die «International Campaign for Tibet» wirft ihr zudem vor, mit Desinformation und Propaganda ein Aufflammen von chinesischem Nationalismus und von Feindseligkeiten gegenüber den Tibetern in Folge der Unruhen mit verursacht zu haben.¹³

Verschiedene Beobachter berichten, dass das «pragmatische Nebeneinander» von Han-Chinesen und Tibetern einem Klima der Repression und der Angst gewichen sei.¹⁴

Genozid» an seinem Volk zu begehen (NY Times, 17. März 2008, www.nytimes.com/2008/03/17/world/asia/17tibet.html).

⁹ Wenn im Folgenden von «Tibet» die Rede, ist jeweils die ganze ethnisch tibetische Region gemeint.

¹⁰ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

¹¹ U.a. NZZ, 27. Dezember 2008.

(www.nzz.ch/nachrichten/international/china_demonstriert_in_tibet_erneut_haerte_1.1601880.html)

bbc.co.uk, 25. September 2008 (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7629751.stm>) und Tages-Anzeiger, 12. August 2008.

¹² International Campaign for Tibet (ICT), 10. Dezember 2008, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/call-international-commitment-human-rights-day-tibetans-face-harsh-consequences-dissent.

¹³ ICT, 08. Oktober 2008, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/official-notice-evidence-discrimination-against-tibetans-after-protests. Siehe auch NY Times, 31. März 2008, www.nytimes.com/2008/03/31/world/asia/31china.html?_r=2&scp=31&sq=tibet&st=nyt.

¹⁴ NZZ, 27. Dezember 2008,

www.nzz.ch/nachrichten/international/china_demonstriert_in_tibet_erneut_haerte_1.1601880.html, Reporters Without Borders, 07. November 2008, www.rsf.org/article.php3?id_article=29210 und International Campaign for Tibet, 21. November 2008, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/un-committee-against-torture-finds-deepened-climate-fear-tibet.

Ein Politikwechsel ist zurzeit nicht abzusehen.¹⁵ Die chinesische Regierung denunziert den Dalai Lama weiterhin als «Spalter» und akzeptiert ihn nach wie vor nicht als Verhandlungspartner.¹⁶ Die Gespräche zwischen Vertretern der chinesischen Regierung und des Dalai Lama wurden im November 2008 ohne Ergebnis abgebrochen. Damit scheint der im Jahre 2002 aufgenommene Dialog am Ende, ohne dass eine Annäherung zwischen den Parteien stattgefunden hätte.

3.1 Die März-Unruhen und die Folgen

Am 10. März 2008 begann eine Serie von friedlichen Demonstrationen in Lhasa und anderen Gebieten der TAR aus Anlass des Jahrestags des blutig niedergeschlagenen Aufstands gegen die chinesischen Besetzer im Jahr 1959. Gemäss einem Bericht in der Washington Post weiteten sich die Demonstrationen aus, als die erste Manifestation auf dem Barkhor Plaza von der Polizei aufgelöst und Demonstranten verhaftet wurden. Mönche aus den umliegenden Klöstern Drepung, Sera und Ganden protestierten gegen die Verhaftungen, auch ihre Kundgebung wurde von den Sicherheitskräften aufgelöst. Daraufhin weiteten sich die Proteste aus und griffen auf tibetische Gebiete in den Provinzen Sichuan, Gansu und Qinghai über.

Am 14. März geriet die Situation in Lhasa ausser Kontrolle, als Demonstranten begannen, chinesische Geschäfte und Autos anzuzünden, zu plündern und Polizisten anzugreifen. Obwohl Berichte in chinesischen Medien davon sprachen, dass grosse Waffenarsenale in tibetischen Klöstern gefunden wurden, waren in einem Sonderbericht des chinesischen Fernsehens keine anderen Waffen in den Händen der Angreifer als Steine und teilweise Messer zu sehen.¹⁷

Die chinesische Regierung reagierte mit der Abriegelung der tibetischen Gebiete und einem massiven Aufgebot an Sicherheitskräften, die die Situation in den folgenden Tagen gewaltsam wieder unter Kontrolle brachten. Entgegen der Behauptung der Regierung, dass nur Polizeikräfte im Einsatz waren, sind offenbar zumindest paramilitärische Truppen in die Unruhegebiete beordert worden.¹⁸

Angaben über die Opferzahl dieser Unruhen gehen weit auseinander: Die tibetische Exilregierung spricht von gegen 200 Tibetern, die während den Unruhen und danach von den Sicherheitskräften getötet wurden. Die BBC berichtete, dass die Zahl der Todesopfer gar bis zu 250 betragen könnte.¹⁹ Die chinesische Regierung spricht von einem umgekommenen «Aufständischen», jedoch 21 durch diese «Aufständischen»

¹⁵ So sagte Präsident Hu Jintao nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua bei einem Treffen mit dem australischen Regierungschef Rudd einen Monat nach den Unruhen, dass es im Tibet-Konflikt einzig um die nationale Einheit des Landes gehe und nicht um ethnische oder religiöse Probleme oder gar Menschenrechte. (NZZ, 12. April 2008, www.nzz.ch/nachrichten/international/fuer_pekings_steht_in_tibet_nationale_einheit_auf_dem_spiel_1.708639.html).

¹⁶ Wie lokale Medien berichteten, bezeichnete Zhang Qingli, der Parteisekretär für die Autonome Region Tibet, den spirituellen und weltlichen Führer der Tibeter kurz nach den März-Unruhen 2008 gegenüber regionalen Behördenvertretern gar als einen «Wolf in Mönchsrobe» und «einen bösen Geist mit einem menschlichen Gesicht und dem Herzen einer Bestie» (U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008, www.state.gov/g/drl/rls/irf/2008/108404.htm).

¹⁷ U.S. Congressional Research Service, Tibet: Problems, Prospects and U.S. Policy, 10. April 2008.

¹⁸ Guardian, 18. März 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/mar/18/tibet.china?gusrc=rss&feed=worldnews.

¹⁹ bbc.co.uk, 3. Juni 2008, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/7433659.stm>.

getöteten Chinesen. Festzustellen ist, dass sowohl Tibeter durch die Polizeigewalt wie auch Chinesen in ihren brennenden Geschäften umgekommen waren. Premierminister Wen Jiabao sagte, dass die Regierung viele Beweise hätte, dass die Unruhen von der «Dalai-Clique» initiiert und gelenkt wurden. Diese Behauptung wirkt realitätsfremd, zumal der Dalai Lama im Zuge der Unruhen drohte, von seiner politischen Funktion zurückzutreten, falls die Gewalt von beiden Seiten nicht eingestellt werde.²⁰

Nach den Unruhen

Ende März, als das Medieninteresse im Westen wieder etwas nachliess, startete die Regierung eine grossangelegte Hausdurchsuchungsaktion und Verhaftungswelle. Zhang Qinli, Parteisekretär der TAR, forderte am 17. März, dass «schnelle Verhaftungen, schnelle Verhöre und schnelle Verurteilungen» folgen. Am 30. April wurden dann die ersten Urteile im Zusammenhang mit den Unruhen gesprochen: Mehrere Mönche erhielten Gefängnisstrafen von 15 Jahren, 20 Jahren und lebenslänglich für Vergehen wie das Angreifen von Polizisten oder das Niederbrennen, Zerstören und/oder Plündern von Geschäften. Die Gerichtsverfahren hätten minimalste Anforderungen an faire Verhandlungen nicht erfüllt, kritisierte Human Rights Watch.²¹

Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete am 20. Juni, dass 1157 Personen, denen «kleinere Vergehen» in Verbindung mit den Unruhen vorgeworfen wurden, wieder freigelassen wurden. 116 Personen würden auf ihre Verhandlung warten, 42 seien bereits für «Brandstiftung», «Raub» und «Versammlung zum Angriff auf Staatsorgane» verurteilt worden.²² Einem Bericht der Associated Press (AP) zufolge wurden im Rahmen der Repressionswelle auch zwei aus der Provinz Yunnan nach Burma geflohene Tibeter zwangsrückgeführt.²³

Um die 200 Tibeter sind einer Angabe von Radio Free Asia gemäss aufgrund ihrer Teilnahme an einer friedlich verlaufenen Protestkundgebung in der Präfektur Kardze (chin. Ganzi) vom 18. März 2008 festgenommen worden. Eine nicht näher genannte Quelle berichte, dass einige von ihnen vom «Kardze People's Intermediate Court» zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. In der Untersuchungshaft seien Inhaftierte gefoltert worden. Die Angehörigen seien nicht über den Haftort informiert worden, vermutet werde ein Gefängnis im Bezirk Dartsedo (chin. Kangding) oder «eine grössere Anstalt in China».²⁴

Trotz der scharfen Kontrolle und der Verhaftungswelle im Anschluss an die März-Unruhen ist es seither an verschiedenen Orten immer wieder zu kleinen Protest-

²⁰ cnn.com, 19. März 2008 und Guardian, 18. März 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/mar/18/tibet.china3?gusrc=rss&feed=worldnews.

²¹ Human Rights Watch, 30. April 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/4820058dc.html. Ein Pekingener Anwalt, der sich freiwillig meldete, sei davor gewarnt worden, die Verteidigung von Tibetern zu übernehmen. Er hat im April 2008 einen Appell von 28 Anwälten unterzeichnet, die darin tibetischen Demonstranten ihre Dienste anboten. Dieser Appell ist auf allen Websites in China zensuriert worden (Human Rights Watch, «Walking on Thin Ice» – Control, Intimidation and Harassment of Lawyers in China, 28. April 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/4816d5682.html).

²² bbc.co.uk, 20. Juni 2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7466313.stm>.

²³ U.S. Congressional Research Service, Tibet: Problems, Prospects and U.S. Policy, 10. April 2008.

²⁴ Radio Free Asia, 22. Dezember 2008, www.rfa.org/english/news/tibet/jail-12222008165412.html?searchterm=None.

kundgebungen gekommen, die allerdings jeweils rasch von den Sicherheitskräften unterbunden wurden und mit der Verhaftung der Demonstranten endeten.²⁵

3.2 Meinungsfreiheit

Handlungen, die von der Regierung als Sympathiebekundungen für den Dalai Lama oder ein unabhängiges Tibet gewertet werden, führen in der Regel zur Verhaftung. Dazu gehören das Skandieren des Slogans «Free Tibet», das Zeigen der tibetischen Flagge oder das auf sich Tragen einer Abbildung des Dalai Lama. Auch Minderjährige werden für solche Handlungen inhaftiert und misshandelt.²⁶ In Polizeihaft wie in Gefängnissen für verurteilte Gefangene wird systematisch gefoltert. Das UNO-Komitee gegen Folter stellte fest, dass es in China zu einer hohen Zahl von Todesfällen in Polizeihaft kommt und diese Fälle nicht untersucht werden.²⁷ Die deutsche Organisation «Tibet News» berichtete unlängst von der Praxis, durch Folter und Misshandlungen dem Tode nahe stehende Häftlinge zu entlassen, um die Verantwortung für deren Tod nicht übernehmen zu müssen.²⁸

Im Vorfeld der Olympischen Spiele war eine Verschärfung der Bestrafung des Herausgebens von Informationen über die Situation in Tibet zu beobachten. So berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua am 20. November 2007, dass ein tibetischer Nomade wegen «Anstiftung zur Spaltung des Landes» zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte während des Pferde-Festivals in Lihang öffentlich verlangt, dass der Dalai Lama nach Tibet zurückkehre. Noch härter bestraft wurden allerdings ein Mönch und ein Lehrer für den Versuch, Bilder und Informationen über den Vorfall ins Ausland zu senden. Sie wurden unter der Klage der «Gefährdung der nationalen Sicherheit» zu Gefängnisstrafen von neun und zehn Jahren verurteilt.²⁹

Nach den Olympischen Spielen wurde diese Praxis noch verschärft: In einem Gerichtsfall im Dezember 2008 wurden die bislang härtesten Strafen für das Mitteilen von Informationen zur Situation in Tibet an im Ausland stationierte NGOs sowie an die «Dalai-Clique» ausgesprochen: Drei Tibeter erhielten Haftstrafen von 10 bis 15

²⁵ Radio Free Asia, 15. Mai 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/4833cb991e.html.

²⁶ In Amchok Bora in Labrang, Gansu, wurden im September 2007 sieben 14- und 15-Jährige verhaftet, die «Free Tibet» auf die Wand der Schule geschrieben hatten. Vier von ihnen waren einen Monat später immer noch in Haft. Zwei Jungen wurden nach zwei Wochen freigelassen, ihre Familien mussten hohe Bussen bezahlen. Einer von den beiden hatte Kopfwunden, die von Schlägen herrührten, mehrere von den inhaftierten Kindern wurden offenbar mit Elektro-Schlagstöcken misshandelt. (Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008, und ICT, 2. Oktober 2007, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/schoolboys-blamed-tibet-graffiti-still-held-incommunicado-after-beatin).

²⁷ Zur Verbreitung der Folter in China siehe NZZ, 23. November 2008, www.nzz.ch/nachrichten/international/in_china_wird_noch_immer_verbreitet_gefoltert_1.1304601.html und ICT, 21. November 2008, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/un-committee-against-torture-finds-deepened-climate-fear-tibet.

²⁸ Tibet News, 10. Januar 2009, <http://tibetnews.ultima-ola.com/2009/01/10/china-entlaesst-dem-tode-geweihte-tibetische-haeftlinge/>.

²⁹ ICT, 20. November 2007, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/long-sentences-spying-and-splittism-follow-tibetan-nomads-call-dalai-l. Weitere, vergleichbare Fälle: www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/disappearances-continue-across-tibet-tibetan-woman-sentenced-talking-telephone, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/ngo-worker-sentenced-life-imprisonment-harsh-sentences-signal-harder-line-blocking-news-ti.

Jahren, ein Mitarbeiter eines HIV/AIDS-Programmes in Lhasa wurde zu lebenslänglich verurteilt.³⁰

Im März 2008 wurden zwei Tibeter verhaftet, die einen Dokumentarfilm drehten, in welchem sie Tibeter nach ihrer Meinung zu den Olympischen Spielen, zum Dalai Lama und chinesischer Gesetzgebung befragten. Der Mönch Jigme Gyatso wurde im Oktober aus dem Gefängnis in Kachu, Provinz Gansu, auf Bewährung entlassen. Er wurde nach eigenen Angaben gefoltert: er sei regelmässig geschlagen, mehrere Stunden lang an den Füßen aufgehängt und für Tage an einen Stuhl gefesselt worden. Der Hauptfilmer, Dhondup Wangchen, ist nach wie vor im Ershilipu Gefängnis in Siling (Xining), Qinghai, inhaftiert.³¹

Die verschärfte Repression hat bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts nicht nachgelassen. So wurden im Dezember 2008 59 Personen in Lhasa unter dem Vorwurf verhaftet, Gerüchte verbreitet und ethnische Spannungen geschürt zu haben.³²

Im Zuge der Kandidatur für die Olympischen Spiele 2008 lockerte China die Restriktion für ausländische Reporter dahin gehend, dass für jedes Interview und jede Reise innerhalb Chinas eine Bewilligung erforderlich war. Diese Erleichterung wurde im Oktober 2008 für permanent erklärt. Sie gilt allerdings nur für nicht als «restricted» bezeichnete Gebiete – so braucht es für die Berichterstattung aus Tibet nach wie vor eine Sondergenehmigung, die selten erteilt wird. Reporters Without Borders beklagt, dass Personen von Verhaftung bedroht sind, die gegenüber Journalisten Auskunft geben.³³ Auch die vor den Spielen etwas gelockerte Internet-Zensur wurde unterdessen wieder verschärft.³⁴

3.3 Religionsfreiheit

Die Unterdrückung der Religionsfreiheit in den tibetischen Gebieten hat in den letzten Jahren zugenommen. Religiöse Orte und Zeremonien werden noch strenger überwacht als bereits zuvor.³⁵

Zhang Qingli, der im November 2005 zum Parteisekretär für die Autonome Region Tibet ernannt wurde, erliess nach Amtsantritt eine Reihe von Massnahmen, um die Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas über die Religion der Tibeter zu verstärken. Er brachte diese Haltung im Jahr 2007 mit folgenden Aussagen auf den Punkt: «Die Kommunistische Partei ist wie die Eltern für das tibetische Volk und

³⁰ www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/ngo-worker-sentenced-life-imprisonment-harsh-sentences-signal-harder-line-blocking-news-ti.

³¹ Reporters Without Borders, 20. Oktober 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/4900267ae.html.

³² NZZ, 26. Dezember 2008, www.nzz.ch/nachrichten/international/zahlreiche_festnahmen_in_tibet__1.1595157.html.

³³ Verhaftung eines Mönchs des Labrang-Klosters in Ganzu, siehe: Reporters Without Borders, 7. November 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/4900267ae.html.

³⁴ So wurden im Januar 2009 91 Websites gesperrt, unter anderem die politische Site «bullog.cn», auf welcher chinesische Bürger mehr Demokratie forderten (<http://de.reuters.com/article/deEuroRpt/idDELC22908920090112>).

³⁵ Das Gesetz erlaubt religiöse Zeremonien im «normalen» Rahmen.

nimmt immer Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Kinder.» Und: «Das Zentralkomitee der Partei ist der wahre Buddha für die Tibeter.»³⁶

Im Jahre 2006 wiederbelebte Zang die seit 1995 laufende Anti-Dalai-Lama-Kampagne der Regierung und intensiverte die «patriotische Erziehung» an buddhistischen Klöstern. Mönche mussten sich in den letzten zwei Jahren vermehrt Lektionen in tibetischer Geschichte aus chinesischer Sicht anhören und regelmässig ihr religiöses Oberhaupt, den Dalai Lama, denunzieren. Im April 2008 lancierte die Regierung eine zweimonatige Kampagne der «patriotischen Erziehung», um der Bevölkerung die offizielle Sicht der Unruhen vom März 2008 zu verkünden und den Dalai Lama als Drahtzieher dahinter darzustellen.³⁷

Im Jahr 2007 wurden neue Regulierungen für die Religionsausübung eingeführt. So muss seither die Regierung der Ernennung und Erziehung der Reinkarnation eines spirituellen Lehrers zustimmen.³⁸ Auch das Reisen zu religiösen Zwecken wurde eingeschränkt. Bereits zuvor war Parteimitgliedern die Ausübung der Religion untersagt.³⁹

3.4 Ausübung und Bewahrung der tibetischen Kultur

Seit den letzten grossen Unruhen im Jahre 1989 versuchte die chinesische Regierung, die Unabhängigkeitsbestrebungen neben direkter Repression vor allem mittels Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region und einer direkten Einflussnahme auf den tibetischen Buddhismus zu bekämpfen. Wie die teils gewaltsamen Proteste vom März 2008 gezeigt haben, scheint diese Strategie gescheitert.⁴⁰

Einen grossen Beitrag zur Modernisierung sollte die 2006 eröffnete Zugverbindung zwischen Godmud und Lhasa leisten. Die Regierung hat jedoch eingestanden, dass mit dem Bau der Bahnlinie entstandene Probleme im Zusammenhang mit den Unruhen vom März 2008 stehen könnten.⁴¹ In der offiziellen chinesischen Presse wurde im Dezember 2007 auch die Annahme bestätigt, dass die Bahnlinie eine wichtige Option für den Truppentransport der Volksarmee in die TAR darstelle.⁴²

Viele Tibeter fürchten um die Fortführung ihrer traditionellen Lebensart und das Überleben ihrer Kultur. Das Wirtschafts-Förderungsprogramm ging mit einer Mas-

³⁶ NY Times, 18. März 2008, www.nytimes.com/2008/03/18/world/asia/18china.html?_r=4&scp=145&sq=tibet&st=nyt.

³⁷ NZZ, 21. April 2008, www.nzz.ch/nachrichten/international/china_tibet__1.715446.html.

³⁸ Bereits seit mehr als 13 Jahren wird der vom Dalai Lama als Reinkarnation des Panchen Lama erkannte Gedhun Choekyi Nyima mitsamt seiner Familie an einem unbekanntem Ort festgehalten. Nach der Festnahme ernannte die chinesische Regierung ihrerseits einen Jungen als den rechtmässigen Panchen Lama.

³⁹ Freedom House, Freedom in the World 2008 China (Tibet), 2. Juli 2008, (www.unhcr.org/refworld/docid/487ca264c6.html).

⁴⁰ Der Autor eines Artikel in der NY Times bezeichnet angesichts des Drucks auf die Tibeter weniger die Unruhen als Überraschung als die Tatsache, dass die chinesische Regierung deren Ausbruch so lange unterdrücken konnte (NY Times, 18. März 2008, www.nytimes.com/2008/03/18/world/asia/18china.html?_r=4&scp=145&sq=tibet&st=nyt).

⁴¹ www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/authorities-admit-chinese-migration-may-have-been-factor-triggering-unrest-tibet-officials.

⁴² International Campaign for Tibet, Tracking the steel dragon: How China's economic policies and the railway are transforming Tibet, Februar 2008, www.savetibet.org/documents/reports/tracking-steel-dragon.

seneinwanderung von Han-chinesischen Arbeitern einher, die sich mit der Fertigstellung der Bahnlinie nach Lhasa noch einmal verstärkte. Obwohl auch der Lebensstandard vieler Tibeter gestiegen ist, bemängeln viele von ihnen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie den bereits ansässigen und neu zuziehenden Han-Chinesen zugute komme und sie in vielfacher Weise diskriminiert würden. Besonders in den Städten bevorzugten private Unternehmer oft Chinesen als Angestellte. Tibeter stossen auch auf grössere Hindernisse bei der Vergabe von Lizenzen und Krediten zur Eröffnung von Geschäften.⁴³

China betreibt eine Politik der forcierten Sesshaftmachung von tibetischen Nomaden. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua zitierte im Jahr 2006 Vertreter der Lokalregierung in Tibet, die angaben, dass sie Behausungen für 220'000 Familien errichten wollten. Den formulierten Zielen der Regierung gemäss sollen damit bis Ende 2010 80 % der Hirten und Bauern in der TAR, Qinghai und Sichuan sesshaft sein. Human Rights Watch hielt in einem Bericht fest, dass die Umsiedlung bedeute, dass viele vormals nomadische Bauern einen Teil ihrer Tiere schlachten müssten, dass die Behausungen oft billig gebaut seien und vielen Betroffenen die Fähigkeiten fehlten, um in der Stadt eine Arbeitsstelle zu finden.⁴⁴

Im September 2008 lief ein zweimonatiges Ultimatum an tibetische Parteimitglieder aus, in welchem diese aufgefordert wurden, ihre Kinder von Schulen der Exilregierung in Indien zurückzurufen. Tibetische Kinder werden mit den Fragen konfrontiert, ob sie eine solche Schule besucht und ob sie etwas davon glauben, was sie dort gelernt haben, wie die offizielle Parteizeitung «Tibet Daily» berichtete. Tausende von Kindern wurden in den letzten Jahrzehnten über den Himalaya nach Indien geschickt, um den Dalai Lama zu treffen und eine Ausbildung gemäss ihrer tibetischen Tradition zu erhalten, was innerhalb Tibets heute nicht mehr möglich ist.⁴⁵ Diesen Fluchtbewegungen setzte die chinesische Regierung im Zuge der Abriegelung Tibets im letzten Jahr praktisch ein Ende: Der Vertreter des Dalai Lama in der Schweiz, Tseten Samdup Chhoekyapa, sagte im November 2008, dass seit den Unruhen im März nur gerade 15 Tibeter das Empfangszentrum in Kathmandu, Nepal, erreicht hätten.⁴⁶

⁴³ Forum House, Freedom in the World 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/487ca264c6.html.

⁴⁴ ICT, 17. Januar 2008, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/china-steps-resettlement-tibetan-herders.

⁴⁵ ICT, 22. September 2008, www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/tibetan-children-due-face-forced-confessions-punishment-studying-india.

⁴⁶ Tages-Anzeiger, 15. November 2008.

4 Uiguren

Nach offiziellen Angaben leben in China rund 8.39 Millionen Uiguren. Die Mehrheit von ihnen lebt in der «Autonomen Uigurischen Region Xinjiang» (XUAR). Insgesamt beträgt die Bevölkerungszahl dieser Provinz 18.45 Millionen.⁴⁷ In Xinjiang, das wie Tibet 1949 von China annektiert wurde, hat sich das Verhältnis von Uiguren zu Han-Chinesen in den letzten Jahrzehnten von 80 zu 20 in 20 zu 80 gewandelt.⁴⁸ Die Provinz-Regierung ist wie in Tibet fest in der Hand der KPCH.⁴⁹

Im Gegensatz zu den Tibetern sind die Menschenrechts- und Verfolgungsprobleme der Uiguren in Xinjiang international weniger bekannt. Ihre Situation ist jedoch mit derjenigen der Tibeter vergleichbar. Auch in Xinjiang sind politisch motivierte Verhaftungen und Folter weit verbreitet und die Religionsfreiheit massiv eingeschränkt. Im Rahmen einer Repressionswelle anlässlich der Olympischen Spiele sind nach offiziellen Angaben in den ersten elf Monaten des Jahres 2008 1295 Uiguren unter dem Verdacht der «Gefährdung der Staatssicherheit» festgenommen worden. 2007 lag die Zahl von Festnahmen unter diesem Vorwurf in ganz China bei 742, wobei ungefähr die Hälfte der Fälle in Xinjiang registriert wurde, wie Human Rights Watch feststellte.⁵⁰

Die Behörden unterscheiden oft nicht exakt zwischen verschiedenen Vergehen, weshalb in vielen Fällen nicht auszumachen ist, ob eine Verhaftung oder Bestrafung wegen friedlichem politischem Protest, «illegaler religiöser Aktivität» oder wegen einer gewalttätigen Aktion erfolgt.⁵¹

Die chinesische Regierung hat den Kampf gegen Unabhängigkeitsbestrebungen nach dem international verbreiteten Muster als Kampf gegen den Terrorismus deklariert.⁵² Tatsächlich kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Attentaten, zu welchen sich Unabhängigkeitsorganisationen bekannten. Auch wurde die Organisation «East Turkestan Islamic Movement» im Jahr 2002 vom U.S. Department of State und der UNO in die Liste der Organisationen aufgenommen, die den internationalen

⁴⁷ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ [bbc.co.uk](http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7562669.stm), 15. August 2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7562669.stm>.

⁵⁰ Ein Vertreter von HRW äusserte die Vermutung, dass dies mit einer Senkung der Schwelle zu tun hat, welche Aktionen unter diese Anklage fallen und weniger mit einer Zunahme der Protestaktionen (World Uyghur Congress, 4. Januar 2009, www.uyghurcongress.org/En/news.asp?ItemID=1231264505&rcid=803688565&pcid=1110134820&cid=803688565&mid=-2139923529 und World Uyghur Congress, 5. Januar 2009, www.uyghurcongress.org/En/news.asp?ItemID=83751878&rcid=803688565&pcid=1110134820&cid=803688565&mid=-2139923529).

⁵¹ USSD, 2008 Report on International Religious Freedom – China (includes Tibet), 19. November 2008. www.unhcr.org/refworld/docid/48d5c3c3c.html.

⁵² World Uyghur Congress, 5. Januar 2009, www.uyghurcongress.org/En/news.asp?ItemID=83751878&rcid=803688565&pcid=1110134820&cid=803688565&mid=-2139923529.

Terrorismus unterstützen.⁵³ Ihre Aktivitäten sind indes wenig koordiniert und stellen kaum eine ernst zu nehmende Gefahr für den chinesischen Staat dar.⁵⁴

Die Uiguren sind die einzige Volksgruppe in China, von denen bekannt ist, dass sie für politische Verbrechen wie «separatistische Aktivitäten» zum Tode verurteilt werden. Exekutionen von Uiguren sind unter anderem ausgeführt worden für den «Versuch, das Mutterland zu spalten» und die «Mitgliedschaft im East Turkestan Islamic Movement».⁵⁵

Im letzten Jahr war China zunehmend erfolgreich darin, die Nachbarstaaten – darunter Kirgistan, Usbekistan und Kasachstan – mit Druck die Rückführung von geflüchteten Uiguren zu erreichen. Diesen kann in ihrem Heimatland die Todesstrafe drohen.⁵⁶

4.1 Die Anschläge vom August 2008

Während der Olympischen Spiele, zwischen dem 4. und dem 25. August 2008, wurde Xinjiang von einer Serie von Attentaten erschüttert – dem heftigsten Gewaltausbruch der letzten 10 Jahre. Bei den Bombenanschlägen auf Polizeistationen und chinesische Geschäfte sowie Angriffen auf Polizisten in Kashgar und Kuqa wurden fast 30 Sicherheitsbeamte getötet und noch mehr verletzt.⁵⁷ Da der Zugang für unabhängige, ausländische Journalisten erschwert bis unmöglich war, sind die Hintergründe schwer festzustellen. Klar ist, dass bei den Anschlägen vom 25. August die Opfer selber Uiguren waren, die im Dienst der Polizei standen und damit dem Vorwurf der Kooperation mit der chinesischen Regierung von Seiten der Unabhängigkeits-Kämpfer ausgesetzt waren.

Im Dezember 2008 wurden zwei Uiguren für den Anschlag vom 4. August in Kashgar, der 16 Polizeioffizieren das Leben kostete, zum Tode verurteilt. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua erfolgte die Verurteilung allerdings nicht unter dem Vorwurf der Gefährdung der Staatssicherheit, sondern für Mord und illegales Herstellen von Waffen.⁵⁸

4.2 Meinungsfreiheit

Auch friedliche Bekundungen für ein unabhängiges Ost-Turkistan werden von der Regierung vehement bekämpft. Wer eine der Regierung nicht genehme Meinung

⁵³ NY Times, 14. August 2008, www.nytimes.com/2008/08/14/sports/olympics/14uighur.html?scp=6&sq=Uighurs+&st=nyt.

⁵⁴ In Kunming, Yunnan, starben im Juli 2008 zwei Menschen bei Bombenanschlägen auf öffentliche Busse. Zu den Anschlägen bekannte sich eine bis dahin praktisch unbekannt Gruppe namens «Turkistan Islamic Movement» (bbc.co.uk, 14. August 2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7559157.stm>).

⁵⁵ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Bericht des Central Asia-Caucasus Institute, 17. September 2008, www.cacianalyst.org/?q=node/4939.

⁵⁸ Radio Free Europe/Radio Liberty, 4. August 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/48997312a.html und Uyghur World Congress, 5. Januar 2009, www.uyghurcongress.org/En/news.asp?ItemID=83751878&rcid=803688565&pcid=1110134820&cid=803688565&mid=-2139923529.

kundtut, muss mit Verhaftung und Folter rechnen. So wurde Ablikim Abdiriyim, Sohn der bekannten uigurischen Aktivistin Rebiya Kadeer, in einem geheimen Verfahren zu neun Jahren Gefängnis für die «Anstiftung zu und Teilnahme an separatistischen Aktivitäten» verurteilt. Offiziellen Angaben zufolge handelte es sich dabei hauptsächlich um die Anfrage an den uigurischen Webmaster von Yahoo!, Artikel auf ihrer Site zu posten. Abdiriyim sei gefoltert worden und habe Mühe gezeigt, Familienmitglieder bei einem Besuch zu erkennen. Auch Zugang zu medizinischer Behandlung sei ihm wiederholt verwehrt worden.⁵⁹

Der «Uyghur World Congress» wirft der chinesischen Regierung in Peking vor, die Olympischen Spiele von Peking als Vorwand genommen zu haben, in Urumqi und anderen «sensitiven Gebieten» in Xinjiang hart durchzugreifen. So seien Uiguren für das Lesen von Pro-Unabhängigkeits-Zeitungen verhaftet worden. Auch würden regelmässig Historiker und Schriftsteller als «intellektuelle Terroristen» bezeichnet und verhaftet.⁶⁰

4.3 Religionsfreiheit

Die muslimischen Uiguren praktizieren traditionell eine gemässigte Form des Islam. Die chinesische Regierung betreibt eine strikte Kontrolle über deren Praktizierung in Xinjiang. Die Regulierungen wurden 2008 noch verschärft. So darf beispielsweise die Predigt des Imam zum Freitagsgebet nicht länger als eine halbe Stunde dauern und das Beten an öffentlichen Orten ausserhalb von Moscheen ist verboten, ebenso das private Lehren aus dem Koran und anderen religiösen Schriften. Staatsangestellten und Parteimitgliedern ist es untersagt zu fasten, sie dürfen keine Bärte oder Schleier tragen und nicht in Moscheen beten.⁶¹

Wer gegen die religiösen Vorschriften verstösst, muss mit harten Bestrafungen wie Haft, Folter und Arbeitslager rechnen. Schon der Besitz eines illegalen religiösen Texts kann zur Inhaftierung führen.⁶² In einem Bericht von Human Rights Watch und Human Rights in China wurde festgestellt, dass über die Hälfte der Inhaftierten in den Arbeitslagern in Xinjiang aufgrund von «Verwicklung in illegale religiöse Aktivitäten» ihre Strafe verbüssen.⁶³ Gläubige werden oft mit der Anklage konfrontiert, sich der «drei Übel Terrorismus, Separatismus und Extremismus» schuldig gemacht zu haben.⁶⁴

Aufgrund der aktuellen politischen Situation in China und der Abwesenheit von internationalem Druck in dieser Hinsicht ist es unwahrscheinlich, dass sich die Men-

⁵⁹ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008.

⁶⁰ Uyghur World Congress, 5. Januar 2009, www.uyghurcongress.org/En/news.asp?ItemID=83751878&rcid=803688565&pcid=1110134820&cid=803688565&mid=-2139923529.

⁶¹ Guardian, 9. November 2008, www.guardian.co.uk/world/2008/sep/09/china1?gusrc=rss&feed=worldnews und NY Times, 18. Oktober 2008, www.nytimes.com/2008/10/19/world/asia/19xinjiang.html?_r=1.

⁶² USSD, 2008 Report on International Religious Freedom – China (includes Tibet), 19. November 2008.

⁶³ Human Rights in China & Human Rights Watch, Devastating Blows: Religious Repression of Uighurs in Xinjiang, April 2005.

⁶⁴ USSD, 2008 Report on International Religious Freedom – China (includes Tibet), 19. November 2008. www.unhcr.org/refworld/docid/48d5cbc3c.html.

schenrechtssituation der Uiguren in Xinjiang in nächster Zeit deutlich verbessern wird.⁶⁵

5 Weitere verfolgte Minderheiten

5.1 Mongolen

In China leben 5.8 Millionen Mongolen. Die Mehrheit von ihnen ist in der «Autonomen Region Innere Mongolei» im Norden des Landes beheimatet. Insgesamt hat die Provinz eine Bevölkerung von 23.3 Millionen – auch die Mongolen sind in ihrem angestammten Siedlungsgebiet aufgrund einer aktiven Zuwanderungspolitik der chinesischen Regierung zu einer Minderheit geworden.⁶⁶ Die meisten Mongolen praktizieren eine Form des tibetischen Buddhismus.

Unter dem Schlagwort «Verbesserungen der Lebensbedingungen» läuft ein Regierungsprogramm, das zum Ziel hat, der Jahrhunderte alten Kultur des Nomadentums ein Ende zu setzen und die Hirten und Bauern sesshaft zu machen. Die Regierung verspricht sich davon eine bessere Kontrolle und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Nutzung der Gebiete.⁶⁷

Auch in der Inneren Mongolei gibt es Bestrebungen zu mehr Autonomie. Obwohl die Mongolen als Minderheit grundsätzlich unter denselben Problemen leiden wie die Tibeter und die Uiguren, sind weniger Fälle von Protest und Repression der Regierung darauf bekannt. Vor allem zwei Fälle von Gesinnungshaft, in einem Fall mit Folter, sind in den letzten Jahren bekannt geworden:

Am 6. Januar 2008 wurde Jaranbayar Soyolt ohne Angabe von Gründen in Peking verhaftet. Soyolt war einer der Führer des «Mongolian Student Movement», welches in den 1980er-Jahren den Plan der Regierung bekämpfte, 600'000 Han-Chinesen in der Inneren Mongolei anzusiedeln. Er ist 1992 in die Mongolei ausgewandert und war zum Zeitpunkt der Verhaftung Mitglied der oppositionellen «Inner Mongolia People's Party». In Verhören sei er «spalterischer» Aktivitäten bezichtigt worden. Er habe sich erst zwei Tage im «Beijing Security Bureau Detention Center» befunden, danach sei er vom «Inner Mongolia Security Bureau» ins «No. 2 Detention Center of Inner Mongolia» transferiert worden. Sechs Monate später kam er wieder frei.⁶⁸

Seit 1995 ist der Journalist und politische Aktivist Hada in Haft. Er war Herausgeber der «Voice of the Southern Mongolia» und involviert in Aktivitäten der «Southern Mongolian Democracy Alliance». Er wurde verurteilt für «Separatismus» und «Spionage», Amnesty International betrachtet ihn aber als Gesinnungshäftling, der nur

⁶⁵ Dahingehend äusserte sich auch ein Chinaspezialist von Human Rights Watch, www.uyghurcongress.org/En/news.asp?ItemID=-1658339889&rcid=803688565&pcid=1110134820&cid=803688565&mid=-2139923529.

⁶⁶ Radio Free Asia, 26. Mai 2008, www.unhcr.org/refworld/docid/4873386728.html und UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁶⁷ Minority Right Group International, State of the World's Minorities 2008.

⁶⁸ Radio Free Asia, 25. Juni 2008, www.unhcr.org/refworld/category,COI,,MNG,4873386728,0.html und ai urgent action, 4. Juni 2008.

von seinem Recht auf freie Meinungsäusserung und dem Versammlungsrecht Gebrauch machte.⁶⁹ Mehreren Berichten zufolge wurde und wird er regelmässig gefoltert.⁷⁰

5.2 Hui

Die Hui (oder Huihui) stellen mit geschätzten über 10 Millionen noch vor den Uiguren die grösste muslimische Minderheit in China. Ihr Zentrum ist die «Autonome Region Ningxia Hui» (5.5 Millionen Einwohner), sie leben jedoch in grösserer Zahl in verschiedenen anderen Provinzen, darunter Gansu, Henan, Qinghai, Yunnan, Hebei, in der Autonomen Region Tibet und in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang.⁷¹ Ähnlich den Uiguren praktizieren die Hui traditionell eine gemässigte Form des Islam. In den letzten Jahren sind allerdings Tendenzen zu einer strengeren Auslegung in Verbindung mit einer stärkeren Orientierung hin zur arabisch-muslimischen Welt zu beobachten.⁷²

Bereit seit Jahrhunderten schwelt in den tibetischen Gebieten – insbesondere im Norden von Qinghai und Gansu, wo die Gruppen eng nebeneinander leben – ein Konflikt zwischen der Bevölkerungsmehrheit der Tibeter und der Minderheit der Hui. Immer wieder kommt es zu Gewalttätigkeiten, ausgelöst von der einen oder der anderen Seite. Meist dreht es sich bei den Streitigkeiten um die knappen Güter Wasser und fruchtbares Land. Bei den Unruhen in den tibetischen Gebieten im März 2008 ist der Konflikt eskaliert, als sich die Wut ebenso wie gegen die Han-Chinesen auch gegen die Hui richtete (siehe oben).⁷³

Im Juni 2008 führte die malaysische Regierung zwei Hui-Muslime unter Zwang nach China zurück, die sich besorgt geäussert hatten über die Behandlung der Muslime in Tianjin in Ostchina.⁷⁴

5.3 Christen

Gemäss Schätzung des «Economist» vom Oktober 2008 soll es mittlerweile 130 Millionen Christen in China geben. Der chinesische Staat spricht von 21 Millionen registrierten Christen (16 Millionen Protestanten und 5 Millionen Katholiken). Das Pew Research Center schätzt, dass zwischen 50 und 70 Millionen Christen ihre Religion ohne staatliche Genehmigung praktizieren.⁷⁵ Nach offiziellen Angaben gibt es über 50'000 registrierte protestantische Kirchen und rund 6000 katholische Kirchen und Versammlungsorte. Die World Christian Database schätzt eine Zahl von 300 inoffi-

⁶⁹ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁷⁰ Reporters Without Borders, 26. Juli 2007, www.rsf.org/article.php3?id_article=23066.

⁷¹ U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁷² Asia Times, 6. September 2006.

⁷³ NZZ, 26. März 2008, www.nzz.ch/nachrichten/international/muslime_als_dritte_partei_im_tibet-konflikt_1.695041.html und U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁷⁴ U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁷⁵ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

ziellen Hauskirchen-Netzwerken. Insbesondere halblegale und illegale Hauskirchen erfreuen sich in China wachsender Beliebtheit.⁷⁶

Auch das Praktizieren der christlichen Religion untersteht der Kontrolle der Regierung. Behördenvertreter auf verschiedenen Stufen haben die Autorität zu entscheiden, was als «normale» religiöse Aktivität gilt – und damit gesetzlich erlaubt ist. Die Religionsausübung ausserhalb der staatlich sanktionierten Kanäle wird verfolgt. Besonders intensiv ist die Verfolgung, wenn eine Vereinigung von den Behörden als «Kult» deklariert wird. Die Bestrafungen reichen von Bussen bis zu Haft, Arbeitslager und Folter. Aufgrund der Regulierungen der Religionsausübung, die eine Registrierung mit sich bringt, praktiziert die Mehrzahl der Christen ihren Glauben trotz der Verfolgungsgefahr ausserhalb staatlicher Kontrolle.⁷⁷

Im Vorfeld der Olympischen Spiele intensivierte die Regierung die Bestrebungen, inoffizielle Kirchen aufzulösen. Ausserhalb der staatlichen Kontrolle praktizierende Gläubige sahen sich stärkerer Verfolgung ausgesetzt. Im Rahmen der grössten Massenverurteilung der letzten 20 Jahre wurden im Februar 2008 21 christliche Führer zur Umerziehung in Arbeitslagern verurteilt.⁷⁸ Dazu erfolgte eine Welle der Ausweisung von ausländischen Christen, wie es sie seit den 1950er-Jahren in China nicht mehr gegeben hat.⁷⁹

5.3.1 Protestanten

Der staatlich anerkannte Zusammenschluss der Protestanten ist das «Three-Self Patriotic Movement/China Christian Council» (TSPM/CCC). Die Mitgliedschaft ist theoretisch nicht Bedingung für die Anerkennung einer protestantischen Kirche durch die «State Administration for Religious Affairs» (SARA). In der Praxis wird die Anerkennung ohne die Mitgliedschaft jedoch meist nicht erteilt. Einige unregistrierte protestantische Gruppen weigerten sich, dem TSPM/CCC beizutreten, weil diese die Unterwerfung unter die KPCH über die Unterwerfung unter Gott stellt.⁸⁰

Zusammenkünfte von protestantischen Untergrundkirchen wurden 2008 häufig von der Polizei gestört, Teilnehmer oft inhaftiert oder geschlagen und in einigen Fällen die Kirchen zerstört.⁸¹ Besonders gefährdet sind Hauskirchenführer, denen Haft und die Entsendung in aussergerichtliche Umerziehungslager droht.⁸²

⁷⁶ NZZ, 20. Juni 2008, www.nzz.ch/nachrichten/international/wettstreit_um_chinas_atheistische_seelen_1.764118.html, U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008, und UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁷⁷ Christian Solidarity Worldwide, China: Persecution of Protestant Christians in the Approach to the Beijing 2008 Olympic Games, Juni 2008 und U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008, (www.state.gov/g/drl/rls/irf/2008/108404.htm).

⁷⁸ Christian Solidarity Worldwide, 20. Februar 2008, <http://dynamic.csw.org.uk/article.asp?t=press&id=700&search>.

⁷⁹ U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008, und Christian Solidarity Worldwide, China: Persecution of Protestant Christians in the Approach to the Beijing 2008 Olympic Games, Juni 2008.

⁸⁰ U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁸¹ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008.

⁸² UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

Am 9. Mai 2008 wurde der Pastor Dong Yutao, ein Führer einer der grössten Hauskirchen in Peking, auf dem Weg zum Abholen von bestellten Bibeln verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, illegal gedruckte Bibeln und religiöse Literatur erhalten zu haben.⁸³

Hua Huaiqu, ein weiterer Hauskirchenführer aus Peking, wurde im Juni 2008 in einem geschlossenen Gerichtsverfahren zu sechs Monaten Gefängnis wegen Widerstands gegen die Justiz verurteilt. In Haft sei er geschlagen worden. Seine 76-jährige Mutter wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie gegen die Behandlung ihres Sohnes protestierte und dabei mit ihrem Stock das Vorderlicht eines Polizeiwagens demolierte.⁸⁴

Besonders von Verfolgung betroffen sind Gruppierungen, die die chinesische Regierung als «Kulte» deklariert. Dazu gehören «Shouters», «Eastern Lightning», «Society of Disciples (Mentu Hui)», «Full Scope Church», «Spirit Sect», «New Testament Church», «Three Grades of Servants» (oder «San Ba Pu Ren»), «Association of Disciples», «Lord God Sect», «Established King Church», «Unification Church», «Family of Love» und die «South China Church».⁸⁵

Im November 2006 sind drei des Mordes an Führern der «Eastern Lightning Group» angeklagte religiöse Führer der «Three Grades of Servants» heimlich exekutiert worden, ohne dass die Anwälte oder die Angehörigen über das Urteil informiert worden wären. Insgesamt seien 15 Führer und Mitglieder der Gruppe im Zusammenhang mit diesem Fall hingerichtet worden. Die Anklage lautete auf Mord, es gab allerdings Hinweise auf Folter und sexuellen Missbrauch zur Erzwingung der Geständnisse.⁸⁶

5.3.2 Katholiken

Die offizielle Organisation der Katholiken ist die «Catholic Patriotic Association» (CPA). Sie gibt an, dass sich 5.3 Millionen Gläubige in ihren Kirchen treffen. Es wird geschätzt, dass 12 Millionen oder mehr ihre Religion in unregistrierten katholischen Kirchen ausüben. Es gibt etwa 70 offizielle Bischöfe und geschätzte 40, die im Untergrund arbeiten, zum Teil befinden sie sich in Haft oder stehen unter Hausarrest.⁸⁷

Auch Mitglieder der inoffiziellen Katholischen Kirche werden verfolgt. Im Jahr 2008 starb ein älterer Bischof, Han Dingxiang, nach 20 Jahren Haft unter ungeklärten Umständen im Gefängnis.⁸⁸

⁸³ Christian Solidarity Worldwide, China: Persecution of Protestant Christians in the Approach to the Beijing 2008 Olympic Games, Juni 2008.

⁸⁴ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008. Für weitere Fälle siehe Christian Solidarity Worldwide, China: Persecution of Protestant Christians in the Approach to the Beijing 2008 Olympic Games, Juni 2008.

⁸⁵ U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁸⁶ Christian Solidarity Worldwide, 29. November 2006.

⁸⁷ U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁸⁸ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008. Für weitere Fälle siehe UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

Viele angeklagte Christen haben Probleme, juristische Unterstützung zu finden, da Anwälte, die sich dazu zur Verfügung stellen, oft belästigt und verhaftet werden.⁸⁹

5.4 Falun-Gong-Praktizierende

Die Meditationsbewegung Falun Gong (auch Falun Dafa genannt) wurde 1999 von der chinesischen Regierung verboten. Sie wird seither mit besonderer Härte verfolgt. Angehörige der Bewegung sind einem besonders hohen Folter- und Misshandlungsrisiko in Haft ausgesetzt.⁹⁰ Amnesty International berichtet, dass 2008 über 100 Falun-Gong-Praktizierende in Haft oder kurz danach gestorben sind als Folge von Folter, Verweigerung von Nahrung oder medizinischer Behandlung oder anderen Formen von Misshandlung.⁹¹

Nach Angaben von Falun-Gong-Praktizierenden im Ausland wurden seit 1999 über 100'000 Praktizierende in China verhaftet für die Ausübung der Praktiken, das Eingeständnis, dass sie Anhänger der Lehre sind oder die Weigerung, die Bewegung oder ihren Führer zu kritisieren. Die Organisation berichtet von Fällen exzessiver Gewaltanwendung, Misshandlung, Vergewaltigung, erzwungener psychiatrischer Behandlung mit Zwangsmedikation und Elektroschockbehandlung (wegen Zugehörigkeit zu «bösem Kult») und dass Mitglieder in Haft gestorben sind, darunter auch Kinder.⁹²

Gängige Praxis ist auch die Entsendung von Falun-Gong-Praktizierenden in aussergerichtliche Arbeitslager zur Umerziehung. Ausländische Beobachter schätzen, dass rund die Hälfte der offiziell 250'000 Insassen landesweit Falun-Gong-Anhänger sind, Vertreter der Organisation gehen gar von noch höheren Zahlen aus. Schwört ein Falun-Gong-Anhänger nach Beendigung der Haft seiner Überzeugung nicht ab, droht ihm weitere Haft oder die Entsendung in ein besonderes Umerziehungslager für solche Fälle.⁹³

Wie Falun Gong berichtet, sind auch Familienmitglieder von Falun-Gong-Anhängern, die die Meditationstechniken selber nicht praktizieren, von Verfolgung gefährdet. Um Druck auf Falun-Gong-Anhänger auszuüben, würden folgende Praktiken bei Verwandten angewandt: Belästigungen durch die Polizei, Jobverlust, Entzug der Pension etc. Auch Fälle von Haft seien vorgekommen.⁹⁴

⁸⁹ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008.

⁹⁰ UN-Angaben zufolge machen Falun-Gong-Anhänger zwei Drittel der mutmasslichen Folterfälle in China aus (U.S. Commission on International Religious Freedom, Annual Report, Mai 2008). Nach Angaben von Falun Gong beinhalten die Folterpraktiken anhaltende Schläge, brennen mit heissen Eisenstäben, Schlafentzug, der Zwang, menschliche Fäkalien zu essen, Infektionsalkohol zu trinken, Verharren in schmerzhaften Stellungen und sexueller Missbrauch (UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008).

⁹¹ Amnesty International, Amnesty International Report 2008 – China, 28. Mai 2008.

⁹² U.S. Department of State, International Religious Freedom Report 2008 China, 19. September 2008.

⁹³ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁹⁴ Immigration and Refugee Board of Canada, 11. Juli 2007.

Falun-Gong-Angaben zufolge haben auch die Repressionen gegenüber ihren Mitgliedern in den letzten zwei Jahren zugenommen, weil die Regierung eine Störung der Olympischen Spiele verhindern wollte.⁹⁵

5.5 Weitere verfolgte Gruppierungen

Seit den 1980er-Jahren verbietet und verfolgt die chinesische Regierung Gruppen, die von ihr als «Kulte» deklariert werden. Neben diversen protestantischen Gruppen und Falun Gong (siehe oben) gehören dazu auch GuanYin (oder Ganyin Famin oder «The Way of the Goddess of Mercy») und Zhong Gong (eine Qigong-Disziplin). Auch die Gruppierung «Zeugen Jehovas» ist in China verboten. Laut Gesetz können «Kult»-Anhänger mit 3 bis 7 Jahren Haft, Führer und Rekrutierer mit 7 Jahren und mehr bestraft werden.⁹⁶

⁹⁵ UK Home Office, Country Of Origin Information Report China, 16. Dezember 2008.

⁹⁶ Ebd.